

Bürokratische Vorgaben „oft realitätsfern“

ARBEITSMARKT Heimische Experten fordern neue Konzepte für Langzeitarbeitslose und Flüchtlinge / Regionale Bedarfe beachten

GIESSEN (red). Die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen muss Anlass sein, auch für Langzeitarbeitslose die Anstrengungen für berufliche und soziale Teilhabe auszuweiten und neue Konzepte für beide Gruppen zu entwickeln und umzusetzen. Dies war der Konsens zwischen den Beteiligten an einem Arbeitsmarktggespräch in der Jugendwerkstatt Gießen, an dem jetzt Landrätin Anita Schneider (SPD), die heimische Bundestagsabgeordnete Dagmar Schmidt (SPD) sowie Vertreter von mittelheissischen Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften teilnahmen.

Schmidt, die den Lahn-Dill-Kreis, Weitenberg und Biedertal im Bundestag vertritt und Mitglied im Ausschuss Arbeit und Soziales ist, berichtete von Vorhaben und Modellprojekten auf Bundesebene, die nicht von engstrikten Vorgaben ausgingen, sondern eine flexible Anpassung an die Situation der teilnehmenden Menschen und an regionale Bedarfe ermöglichen sollen. Eine solche Veränderung der Integrationsmaßnahmen wird von den Vertretern der Beschäftigungsgesellschaften als dringend notwendig angesehen.

„Derzeit verhindern enge und realitätsferne bürokratische Vorgaben oft eine effektive Arbeit für die teilnehmenden Menschen“, betonte Wolfgang Baiser, Vorsitzender des Jugendwerkstatt Gießen



Auch in der Arbeitswelt gilt es, viele Flüchtlinge zu integrieren.

Foto: dpa

Ren e.V., laut einer Pressemitteilung. Schneider verwies darauf, dass Qualifizierung und Ausbildung für Langzeitarbeitslose wie auch für geflüchtete Menschen einen erfolgversprechenden Weg zu einer nachhaltigen Integration in den Arbeitsmarkt darstelle. Geflüchtete benötigten Angebote, die auf ihre spezifische Situation eingehen anstatt starre hergebrachte Formate von Maßnahmen. Die Landrätin machte weiterhin deutlich, dass viele langjährig Arbeitslose wegen oft mehrfacher Einschränkungen trotz Förderung kaum Chancen auf einen dauerhaften Arbeitsplatz haben. „Wir brauchen einen sozialen, öffentlich geförderten Arbeitsmarkt, wenn wir für Langzeitarbeitslose wirklich soziale und berufliche Teilhabe realisieren wollen“, meinte Schneider.

Verstärkte Anstrengungen zur Vermittlung von Allgemeinbildung für geflüchtete Menschen forderte Kerstin Gerbig, Geschäftsführerin der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen in Weizlar und Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit in Hessen. Neben Deutsch und Mathematik müssten auch sozialkundliche Inhalte vermittelt werden. „Wir brauchen eine Bildungsinitiative für Flüchtlinge“, so Gerbig.

Dagmar Schmidt berichtete zudem über den Stand des Gesetzgebungsverfahrens zur Änderung des SGB II. Sie sieht die Formulierungen am Gesetzentwurf als weitgehend abgeschlossen an. Rüdiger Harz-Bornwasser, Geschäftsführer der IJB gemeinnützige Gesellschaft für Integration, Jugend und Berufsbildung, verwies auf die umfangreichen Änderungsverschlüsse des Bundesrates, des Landkreistages und der Wohlfahrtsverbände, die nicht in den Gesetzestext aufgenommen wurden. „Diese Änderungsverschlüsse greifen wichtige Erfahrungen aus der täglichen Praxis mit langzeitarbeitslosen Menschen auf und würden diese Arbeit vielfach verbessern helfen“, so Harz-Bornwasser. Landrätin Schneider befürchtet ein verstärktes Abschieben von langzeitarbeitslosen Menschen in Frührente. „Dies führt zu geringeren Renten für Menschen mit zumeist niedrigem Rentenanspruch und es erhöht die Ausgaben der Landkreise für die Grundsicherung, wenn die Rente nicht den Grundbedarf abdecken kann“, betonte Schneider.

Breiten Raum nahm der Erfahrungsaustausch über die Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration, wie Arbeitsgelegenheiten, Langzeitarbeitslosen-Programm des Europäischen Sozialfonds, Programm für Soziale Teilhabe oder ABC-Netzwerk ein. „Die Umsetzung dieser Maßnahmen leidet unter einem enorm gestiegenen Verwaltungsaufwand. Die bürokratischen Vorgaben stehen oft einer Wirksamkeit im Wege“, betonte Monika Neunauer, Geschäftsführerin des Zentrums Arbeit und Umwelt Gießen. Arbeitsmarktnahe Beschäftigung und Qualifizierung seien so oft kaum realisierbar.

Handwritten notes in blue ink at the bottom of the page, including a signature and the date '09.06.16'.